

Ein Dialog dieser Art kommt heute oft in eine besonders kritische Zone, wenn eine größere Öffentlichkeit daran beteiligt wird. Er wird mindestens dann gefährdet, wenn die Auseinandersetzung in einer unzureichend qualifizierten oder nicht vorbereiteten Öffentlichkeit und unter einseitig-unausgewogenem Einsatz der Massenmedien unternommen wird. Prestigedruck und propagandistische Manipulation sind unvermeidlich. Ich brauche dieses Thema hier nicht eigens zu behandeln. Ähnlich ist es, wenn „Offene Briefe“ sofort veröffentlicht werden. Ich plädiere damit nicht für eine öffentlichkeitsferne Praxis des Dialogs schlechthin. Aber eine hohe Transparenz im Inneren des Dialogs kann eine vorzeitige Befassung der Öffentlichkeit verhindern. Diese wird zur rechten Zeit von verschiedenen Positionen und gemeinsamen Ergebnissen unterrichtet. Wenn ein Dialog zur Unzeit veröffentlicht wird, wird er nicht selten unglücklich fixiert. Nur unter seltenen glücklichen Umständen kann er dann wieder zum Leben erweckt werden. Öffentlich eingenommene Positionen machen jeden Dialog hartnäckiger, härter und auch mehr politisch. Solche Konflikte lassen sich im allgemeinen schwieriger lösen.

Der Dialog ist nicht das einzige Mittel der Verständigung. Es gibt auch die Notwendigkeit der Verhandlung und auch – wenn einer Verantwortung trägt – der Entscheidung. Dies ist ein schwieriges Stadium. Damit hört praktisch die Gleichberechtigung der Gesprächspartner auf. Gerade im Blick auf die Sendung der Kirche und die Vermittlung des Evangeliums sind nicht selten Entscheidungen notwendig, die sich nicht beliebig hinausschieben lassen.

In der Kirche ist das Evangelium das, worum sich alles dreht. Es umfaßt die Heilige Schrift und die lebendige Überlieferung der Kirche. Letztlich ist das Evangelium in der Person Jesu Christi begründet und es bezeugt zugleich die von ihm

der ganzen Welt mitgeteilte Botschaft. Dienst und Dialog sind die Weisen, wie das Evangelium in die Welt kommt. Der Dialog ist jedoch nicht die einzige Form, in der das Evangelium wirksam wird. Dies kann auch anders geschehen: durch eine Mahnung, ein Lied, die Klage, die Erzählung, einen Protest, einen Auftrag, das Leiden, das Kreuz ... Aber ganz gewiß ist der Dialog eine besonders ausgezeichnete Weise, wie das Evangelium seine Adressaten erreicht. Seit Konzilsende ist die Kirche stets im Dialog begriffen. Es gibt freilich gestörte Felder. Dies hängt auch jeweils mit der Schwierigkeit der Sache zusammen. Wir selbst schicken uns in dieser Vollversammlung an, vielfältige, zum Teil schwierige Dialoge zu beginnen oder fortzuführen: mit den Jugendverbänden, gemeinsam mit der evangelischen Kirche im Konsultationsprozeß „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, durch den zweiten Band des Erwachsenkatechismus über das Leben aus dem Glauben sowie das christliche Ethos.

So möchte ich angesichts dieser Aufgaben zum Dialog ermutigen mit einem Wort von Papst Paul VI. aus „Ecclesiam suam“ (Nr. 78): „Im Dialog entdeckt man, wie verschieden die Wege sind, die zum Lichte des Glaubens führen, und wie es möglich ist, sie alle auf dasselbe Ziel hinzulenken. Auch wenn sie voneinander abweichen, können sie doch zur Ergänzung beitragen, weil sie unsere Überlegungen auf ungewohnte Bahnen lenken und uns zwingen, unsere Forschungen zu vertiefen und unsere Ausdrücke neu zu gestalten. Die Dialektik dieses Denkens und dieser Geduld läßt uns auch in den Meinungen der anderen Wahrheitselemente entdecken; sie wird uns zwingen, unsere Lehre möglichst unparteiisch vorzutragen und als Lohn für die Mühe, daß wir auf die Einwände der anderen eingegangen sind, wird sie uns die allmähliche Annäherung schenken. Sie wird uns weise und zu Meistern machen.“ Dafür darf uns keine Mühe zu groß sein.

Eine unverzichtbare Aufgabe

Europäische Sozialpolitik und die Kirchen

Die gesellschaftspolitische Verantwortung der Kirchen hat neben der nationalen und der weltweiten auch eine europäische Dimension. Die Europäische Union ist dabei, Grundlinien einer europäischen Sozialpolitik zu entwickeln; ein entsprechendes Weißbuch wurde im vergangenen Jahr vorgelegt. Es ist Aufgabe gerade auch der Kirchen, den weiteren Weg der europäischen Sozialpolitik aufmerksam und kompetent zu begleiten.

Europa wächst zusammen, und das wird nunmehr auch für den einfachen Bürger immer deutlicher spürbar. Die Zeitungen berichten häufiger von Brüsseler Vorgängen, und die Beschlüsse der europäischen Gremien werden nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für eine wachsende Zahl

anderer Branchen relevant. Spätestens der Maastrichtvertrag und die mit großer Heftigkeit geführten Debatten um die Folgen für die Stabilität unserer Währung waren ein wichtiger Schritt auf diesem Weg der Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Insofern hat der sprachliche Übergang von

„EG“ zu „EU“ – wiewohl von manchen als Etikettenschwindel kritisiert – doch seine Berechtigung.

Schon die genannten Punkte machen deutlich: *Motor* des Europäischen Zusammenwachsens ist und bleibt die wirtschaftliche Verflechtung, der gemeinsame Markt, die *Ökonomie*. Mögen manche kulturelle Barrieren in den letzten Dekaden aus dem Weg geräumt worden sein – wie etwa zwischen den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich – andere sich als hartnäckiger erweisen – wie die antideutschen Gefühle in den Niederlanden –, der heilsame Zwang zur „vernünftigen“ Zusammenarbeit und Kooperation geht von den ungeheuren Vorteilen aus, die eine stetige Ausweitung der wirtschaftlichen Austauschprozesse für alle Beteiligten mit sich bringt. Es entspricht dieser Logik, daß die Konstitution des *Binnenmarktes* den nunmehr anstehenden politischen Schritten vorausging. Was offiziell lange mit dem Jahr 1992 verbunden war, wird zwar in seinen Konsequenzen sicher noch länger brauchen und trotzdem die ökonomischen Abläufe in allen Mitgliedsstaaten schleichend, aber entscheidend verändern.

Zudem übt der neu einsetzende „*Wettbewerb der Regeln*“ zwischen den nationalen Systemen heilsamen Druck auf verkrustete Strukturen, kaschierte Kartelle und schlecht funktionierende Politik aus, die nicht an den Interessen der Verbraucher, sondern an denen mächtiger Interessengruppen orientiert ist. Die Umbrüche etwa, um die gegenwärtig in Italien gerungen wird, die monetäre Stabilität in Frankreich, die Abschaffung verbraucherfeindlicher Normierungen in Deutschland, die Bemühungen um Begrenzung der öffentlichen Verschuldung in allen Mitgliedsländern: Alle diese Anpassungen wären ohne den Prozeß der Europäischen Integration in dieser Form schwerlich vorstellbar, weil es an dem notwendigen politischen Druck gemangelt hätte.

Sozialpolitik als integraler Bestandteil der Marktwirtschaft

Gerade hier geht aber die Betrachtung notwendigerweise über rein wirtschaftliche Aspekte hinaus. Denn die wirtschaftlichen Vorteile sind nicht *isoliert von politischen, rechtlichen und kulturellen Prozessen* zu haben, die tiefgreifende Veränderungen auch für das gesellschaftliche Zusammenleben bringen. Im Schlepptau der ökonomischen Integration und angetrieben durch sie tritt eine Vielzahl neuer Hürden und Herausforderungen ins Licht der Aufmerksamkeit. Prominentes Beispiel: Sollen die Kooperationsvorteile noch weiter gesteigert werden, so geht dies nicht ohne immer stärkere Abstimmung der nationalen Geldpolitiken oder vielleicht sogar eine gemeinsame Währung. Geld aber ist mehr als ein (ökonomisches) Zahlungsmittel: Es ist ein Teil der Kultur eines Landes, seiner nationalen Identität. Hier werden wichtige Bewußtseinsprozesse ablaufen, an denen sich auch die Wissenschaften – und zwar nicht nur als Ökonomik – beteiligen müssen. Ähnlich verhält es sich mit dem engeren

Gegenstand dieses Beitrags, dem Projekt einer Europäischen Sozialpolitik.

Schon *G. W. F. Hegel* hat 1821 in seiner Rechtsphilosophie gezeigt, inwiefern ein sich modernisierendes Gemeinwesen, das die Vorteile von marktvermittelter Koordination der Bedürfnisse zu nutzen beginnt und dabei einen entsprechenden Strukturwandel erlebt, *notwendigerweise* in irgendeiner Form sozialstaatliche Institutionen hervorbringen wird. Konkurrenzbeziehungen vermögen ihre Funktion in bezug auf die Gesamtordnung einer Gesellschaft (bei Hegel uns heute mißverständlich als „Staat“ apostrophiert) nur dann adäquat zu erfüllen, wenn sie durch kooperative Arrangements unterschiedlicher Art flankiert und gesteuert sind. Diese dienen darin nicht nur der Solidarität mit den Schwachen, sondern gleichzeitig auch der *Identifikation* der Individuen mit ihrem Ordnungsgefüge und damit – für Europa besonders wichtig – ihrer Integration in das Gemeinwesen. Dabei aber – und auch dieser Gedanke findet sich schon bei Hegel – hebt Sozialpolitik die ökonomische Logik nicht einfach auf, sondern muß – gerade wo sie das Äquivalenzprinzip von Gabe und Gegengabe z.T. außer Kraft setzt – „anreizkompatibel“ ausgestaltet sein: Recht verstandene Sozialpolitik ist also nicht gegen, sondern mit der Marktwirtschaft und als ihr integraler Bestandteil konzipiert.

Grundideen der Europäischen Kommission

Es ist mithin durchaus in der beschriebenen Logik des europäischen Integrationsprozesses, wenn der Maastrichtvertrag auch ein „Abkommen über Sozialpolitik“ enthält, das freilich zumindest in der deutschen Diskussion im Schatten der währungspolitischen Beschlüsse blieb. In der zurückliegenden letzten Phase der Präsidentschaft von *Jacques Delors* setzte die EU-Kommission unter besonderer Ägide des (auch weiterhin) zuständigen Irischen Kommissars *Pádraig Flynn* deutliche sozialpolitische Akzente. Sie legte 1993 ein „Grünbuch“ zur Europäischen Sozialpolitik vor, das die konzeptionelle Grundlage zu einem gemeinsam mit der Katholischen Universität Löwen veranstalteten Kolloquium „Die Zukunft der Europäischen Sozialpolitik“ vom 26.–28. Mai 1994 in Brüssel bildete. An der Tagung nahmen über 400 Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Administration aller Mitgliedsstaaten der EU teil. In Plenum und Arbeitskreisen wurden Kernfragen der anstehenden sozialpolitischen Gestaltungen diskutiert. Die Ergebnisse des Kolloquiums gingen in das „Weißbuch“ für Europäische Sozialpolitik ein, das am 27. Juli 1994 vorgelegt wurde und das die Arbeit der sich neu konstituierenden Kommission unter *Jacques Santer* bis Ende des Jahrhunderts strukturieren soll.

Aus der Vielzahl der Einzelfragen, die in den Tagungsdiskussionen sowie in Weiß- und Grünbuch thematisiert werden, sind naturgemäß die gedanklichen Schneisen und Leitideen der Kommissionsarbeit besonders interessant. Allzu oft erscheint ja die Arbeit der Brüsseler Gemeinschaftsinsti-

tutionen insbesondere aus deutscher Sicht als Konglomerat aus nationalem Umverteilungsegoismus, Beharrungskräften und Kompetenzsehnsüchten der Bürokratie sowie „vested interests“ gut organisierter Lobbyisten. Eine solche Perspektive verkennt aber, daß in dem institutionellen Aufbauprozeß, der in Europa z. Z. in vollem Gange ist, auch *langfristige Leit- und Zielvorstellungen* eine große Rolle spielen.

EU-Präsident Delors sprach in seiner Eröffnungsrede zum Brüsseler Kolloquium mehrmals von der Sozialpolitik als Teil einer „Europäischen Identität“ und „Europäischen Gesellschaftsform“, die er etwa mit Japan und den USA nach den neoliberalen Reformen der 80er Jahre kontrastierte. Dieses Bild ist unter der Überschrift „Weiterentwicklung des Europäischen Gesellschaftsmodells – Gemeinsame Wertvorstellungen“ auch in das Weißbuch eingegangen. In wünschenswerter Klarheit ist hier – im Gegensatz zu mancher Diskussion im Rahmen des Kolloquiums – darauf verzichtet worden, Wirtschaft und Sozialpolitik gegeneinander auszuspielen.

Europäische Sozialpolitik hat nur dann eine ihr angemessene Entwicklungschance, wenn sie nicht zum Refugium anti-ökonomischer Kräfte wird. Wo sie bereits heute dazu mißbraucht wird, Strukturwandel und notwendige Anpassungsprozesse aus „sozialen Gründen“ zu blockieren, da schadet sie den Menschen mehr als sie ihnen nützt. Für das Weißbuch jedenfalls sind „Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Fortschritt: zwei Seiten einer Medaille... Europa muß sich auf eine leistungsfähige und qualitätsorientierte Wirtschaft hinbewegen, die umfangreiche Investitionen in neue Technologien vornimmt. Seine wichtigste Trumpfkarte ist eine qualifizierte, hochmotivierte und anpassungsfähige Erwerbsbevölkerung. So wie die Mehrung des Wohlstands für den sozialen Fortschritt von maßgeblicher Bedeutung ist, wird andererseits das Wirtschaftswachstum ebenfalls spürbar vom sozialen Umfeld bestimmt“ (S. 12).

Nur in der engen Verschränkung, die aus diesen Passagen des Weißbuches spricht, können wirtschaftlicher Wettbewerb und sozialpolitische Absicherung ihre Funktion in jenem übergreifenden europäischen Gesellschaftsmodell erfüllen, von dem Delors sprach und das wir schon kurz bei Hegel rekonstruiert haben. Völlig zu Recht fordert das Weißbuch aus dieser Perspektive eine Intensivierung der „ressortübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Regierungen“ (S. 20): Eine Forderung, die auch für Deutschland ihre Berechtigung haben dürfte, wo schon Arbeits- und Familienministerium in vielen wichtigen sozialpolitischen Fragen (wie dem familienfreundlichen Umbau unseres Sozialversicherungssystems) nicht mehr an einem Strang ziehen.

Eine andere wichtige Vokabel in diesem Zusammenhang fiel sowohl in Brüssel als auch im Weißbuch: *Subsidiarität* und Mobilisierung von Selbsthilfekräften. Die für die zweite Hälfte der 90er Jahre in Aussicht genommenen Kommissionsaufgaben beschränken sich meist auf die Setzung von rechtlichen Rahmenregeln, Informationstransfers etc. In keinem der benannten Handlungsfelder Arbeitsmarkt, Chan-

Der ideale Begleiter im Lesejahr C



Rudolf Stertenbrink (Hrsg.)

Lichtsekunden

Dominikanische Predigten zum Lesejahr C

Herder

240 Seiten, gebunden,
DM 39,80 /öS 311,- /Sfr 39.80
ISBN 3-451-23111-5

Das große dominikanische
Predigtwerk im Urteil der Presse:

„Ein Wegweiser durch das Kirchenjahr. Die ‚Lichtsekunden‘ wenden sich nicht nur an Mitarbeiter im pastoralen Dienst, die nach guten, originellen Predigtmodellen suchen, sondern können auch jeden Leser direkt ansprechen. Das wird erleichtert durch eine erfrischend einfache, anschauliche Sprache und durch die klare, leicht nachvollziehbare Form der Texte.“
(*Kirche und Leben, Münster*)

„Ob zur Vertiefung der Sonntagsbotschaft, als Impuls und Begleitung im Kirchenjahr oder als Fundgrube von Anregungen für die eigene Verkündigung: Die ‚Lichtsekunden‘ sind nur zu empfehlen. Die ideale Predigthilfe für alle, die im Dienst der Verkündigung stehen.“
(*Radio Vatikan*)

In jeder Buchhandlung!

HERDER

cengleichheit, Armutsbekämpfung und sozialer Schutz, Tarifpartner und europäisches Recht stehen der Kommission direkt Kompetenzen und Durchgriffsrechte auf nationale Politik zu – mit Ausnahme der nicht unumstrittenen Strukturfonds.

Dennoch macht das Weißbuch auch klar, daß es unter Subsidiarität nicht nur politische Enthaltbarkeit versteht: Man geht vielmehr von einem „positiven und aktiven Subsidiaritätsbegriff“ (S. 11) aus. So soll es etwa im Bereich des Arbeitsmarktes zu einer Dezentralisierung von unterstützenden Maßnahmen (in erster Linie Ausbildung) und zur Zusammenarbeit mit den betroffenen Gruppen kommen. Im Rahmen des von uns als Wettbewerb der Ordnungen benannten Mechanismus seien „nachahmenswerte Praktiken aus nationalen Systemen auszuwählen und miteinander zu kombinieren“ (21). Auch aber nicht nur die Wohlfahrtsverbände werden die Arbeit der neuen Kommission getrost an den im Weißbuch genannten Leitvorstellungen messen und von daher kritisch begleiten können.

Aufgaben der Kirchen für eine europäische Sozialpolitik

Auch die *Kirchen* sind in ihrem Engagement auf europäischer Ebene nicht uneigennützig Makler. Sie haben in Brüssel zunächst die Grundlagen ihrer eigenen Arbeit im karitativen und pastoralen Bereich politisch abzusichern. Hier ist es ein Gebot der Weitsicht, die wachsende Bedeutung der europäischen Institutionen für den Prozeß politischer Meinungsbildung zu erkennen. Was Binnenschiffer und Tulpenzüchter schon realisiert und institutionell umgesetzt haben – daß nämlich für sie wichtige Entscheidungen in Zukunft zunehmend in Brüssel fallen –, das sollte auch die Kirchen zur *Anpassung ihrer politischen Vertretungsorganisationen* bewegen. Wie sich an der Beteiligung der Katholischen Universität Löwen am Brüsseler Kolloquium gezeigt hat, hat gerade die katholische Kirche durch ihre Internationalität große Chancen – insbesondere wenn sie über eine anerkannte wissenschaftliche Institution im Einzugsbereich politischer und wirtschaftlicher Entscheidungszentren verfügt. Die Wahrnehmung kirchlichen Einflusses scheidet aber oft an der nötigen Initiativkraft oder auch nur an Abstimmungs- und Koordinationsproblemen.

Der Grund dafür liegt auch darin, daß die Ausbildung eigener „Katholischer Büros“ als fest institutionalisierter Schnittstelle zur Politik eine deutsche Besonderheit innerhalb Europas darstellt. Unterschiedliche nationale Regelungen, wie etwa die strikte Trennung von Kirche und Staat in Frankreich, oder auch verschiedene sozialpolitische Traditionen haben dazu geführt, daß die Sensibilität für die Bedeutung politischer Fragen in den katholischen Ortskirchen Europas unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Nuntiatoren haben sich oft auf andere Themen spezialisiert. Um so wichtiger erscheint es aus deutscher Sicht, hier Überzeugungsarbeit zu

leisten. Entsprechende Initiativen des in der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche Fragen zuständigen Hil-desheimer Bischofs *Josef Homeyer*, der im letzten Jahr zu ihrem Präsidenten gewählt worden ist, werden von der kleinen, aber unter dem *Iren Noel Treanor* höchst effizient arbeitenden Brüsseler Vertretung der Europäischen Bischofskonferenz (COMECE) dankbar anerkannt.

Inhaltlich ergibt sich für die Kirchen dabei eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Caritasverband und anderen Wohlfahrtsverbänden, die in Europa vor ähnlichen Problemen stehen (vgl. dazu die Beiträge in: *Rudolph Bauer* [Hg.], Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht, Weinheim 1992, hier insbes. *B.-O. Kuper*, *R. Brand* und *R. Bauer*). Denn auch die Organisation der sozialen Dienste ist in den Mitgliedsländern unterschiedlich strukturiert, wobei die Rolle der Kirchen nirgendwo so stark ist wie in Deutschland. Hier gilt es zunächst, die legitime Vielfalt historisch gewachsener nationaler Modelle zu akzeptieren, gleichzeitig aber auch auf die beiderseitigen Vorteile einer gut abgestimmten Zusammenarbeit zwischen kirchlichen und staatlichen Stellen im Raum der sozialen Arbeit hinzuweisen. Eine solche Zusammenarbeit kann und darf im europäischen Kontext nicht durch zentralverwaltete Sozialprogramme und eine Schwächung der verbandlichen Strukturen ersetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die inhaltlichen „Optionen“, die die Kirchen in den politischen Prozeß einzuspeisen gerufen sind. Der Prozeß der europäischen Einigung ist das Ergebnis von Millionen kleiner Schritte mit häufig allzu technischem Charakter. Nimmt man das Bild Delors von der „Europäischen Identität“ auf, so wird man die christliche Prägung als *eine* Klammer der im übrigen sehr unterschiedlichen Mitgliedsstaaten begreifen dürfen – freilich in einer Form, die nicht nur an gelegentliche Gottesdienste und historisches Erbe, sondern auch sehr konkrete Ausrichtung politischer Programme denken läßt. Die folgenden Felder möglichen kirchlichen Engagements seien dabei – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – genannt:

Wir haben schon gesehen, daß *Subsidiarität* bereits ein fester Bestandteil der Sprachregelung in der EU ist. Gerade im sozialpolitischen Feld bringt eine Stärkung der kleineren Einheiten nicht nur größere Eigenverantwortung („Personalität“) und stärkeres „Kostenbewußtsein“, sondern auch Nähe der Entscheidungen an den Bedürfnislagen „vor Ort“. Verschiedene institutionelle Lösungen, verschiedene Politikprogramme funktionieren dann auch unterschiedlich gut. Wo Menschen erfahren, daß es „anderswo besser läuft“, entsteht ein Druck auf nationale Politiker, ineffiziente oder allzusehr auf Gruppeninteressen abgestellte Regelungen zu verändern. Die Kommission kann sich dies zunutze machen, indem sie – wie im Weißbuch geplant – Informationen über die Verschiedenheit der nationalen Regelungen im Raum der Gemeinschaft transportiert. Dem Subsidiaritätsprinzip eignen aber – worauf neuerdings vor allem *H. Lecheler* in seiner wichtigen Studie hingewiesen hat (Das Subsidiaritätsprinzip. Strukturprinzip einer Europäischen Union, Berlin

1993) – im Kontext der europäischen Integration noch andere wichtige Funktionen: nicht zuletzt die einer (freiheitssichernden) Kompetenzverteilungsregel sowie eines integrativen Momentes, das die eigenständige Mitverantwortlichkeit regionaler Entscheidungsträger betont usw.

Die Ausweitung des Wirtschaftsraumes bringt nicht nur Vorteile, sondern auch neue Gefahren. Die staatlichen *Kontrollmechanismen* sind meistens für die neuen Aufgaben noch unzureichend gerüstet. Das ist etwa im vergangenen Jahr medienwirksam am Beispiel der portugiesischen Leiharbeiter diskutiert worden, die mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und hier illegal um ihre Sozialversicherungsbeiträge betrogen wurden. Die kontrollierenden Arbeitsämter waren überfordert, die Caritas als Arbeitgeber eines der Schlepper reagierte hilflos. Bei Problemen dieser Art könnten kirchliche Stellen unter Nutzung ihrer internationalen Kontakte daran mitwirken, die Leistungsfähigkeit des gemeinschaftsweiten Regelinstrumentariums zum Schutz der Arbeitnehmer zu verbessern.

Es geht nicht ohne ökonomische und politische Kompetenz

Kooperation verspricht Erträge. Gerade die Kirchen müssen aber prüfen, ob nicht in manchen Fällen „Verträge zu Lasten Dritter“ geschlossen werden, die im bürgerlichen Recht nicht zulässig, im Raum der Politik aber leider an der Tagesordnung sind. Eine „Festung Europa“ mit engen Einfuhrbeschränkungen vermag vielleicht hohe Sozialstandards für ih-

re Arbeitnehmer zu garantieren – aber das geht zu Lasten der Menschen in den Ländern des Südens wie der Masse meist schlecht organisierter Verbraucherinteressen (vgl. dazu die Beiträge in: *A. Habisch / U. Pöner* [Hg.], *Signale der Solidarität. Wege christlicher Nord-Süd-Ethik*, Paderborn 1994). Absurder Klientelismus, wie die Bananeninitiative der EG im letzten Jahr, nützt nicht einmal den Menschen in den französischen Überseegebieten, sondern nur einigen wenigen Zwischenhändlern, die vom Handel mit Importlizenzen profitieren: eine Regelung, die der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, völlig zu Recht öffentlich angeprangert hat.

Die europäische Integration bedarf der Kirchen, die die Orientierung an der „Europäischen Identität“ nicht nur bei Festgottesdiensten einfordern, sondern mit hoher ökonomischer und politischer Kompetenz in konkreten wirtschaftlichen und sozialen Problemfeldern anmahnen. Die genannten Abstimmungsprobleme wie auch die Furcht vor möglichen antikirchlichen Affekten im europäischen Raum haben hier bisher zu einer großen Zurückhaltung der Kirchen geführt. „Doch diese Zurückhaltung darf nicht so weit gehen, daß die Kirchen in ihren karitativen und Bildungseinrichtungen einerseits ein wichtiges Reservoir ganz im Sinne einer subsidiären Gesellschaftsordnung sind, dabei aber andererseits nicht daran denken, diese ihre eigene Rolle in einer künftigen Europäischen Verfassung zu sichern“ (Lecheler, 147.) Dazu aber bedarf es in der heutigen Zeit mehr denn je entsprechender Institutionen, die diese Funktion mit Durchsetzungsvermögen und diplomatischem Geschick erfüllen.

André Habisch

Es knirscht im Gebälk

Das amerikanische Rechtssystem und seine Probleme

Nicht nur beim Regierungs- oder Parteiensystem bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und den meisten europäischen Ländern, sondern auch bei Struktur und Verfahrensweisen der rechtsprechenden Gewalt. Spektakuläre wie unspektakulär-„normale“ Fälle machen deutlich, daß das amerikanische Rechtswesen in einer Krise steckt, die wiederum Spiegelbild übergreifender gesellschaftlicher Krisenerscheinungen in den USA ist. Die Wahlen vom 8. November waren in dieser Hinsicht aufschlußreich.

Amerika durchlebt gerade den „Mordprozeß des Jahrhunderts“. Der ehemalige Footballstar O. J. Simpson steht in Los Angeles vor Gericht, weil er am 12. Juni 1994 seine ehemalige Frau und deren Freund ermordet haben soll. Die Medien haben sich auf diesen Fall gestürzt, das Fernsehen überträgt sämtliche Details zu jeder Stunde, Devotionalien zu diesem Fall werden zu hohen Preisen gehandelt. Viele verdienen an dem Prozeß und wollen immer mehr verdienen: die Zeitungen, die Radio- und Fernsehstationen, die zulie-

fernde Andenkenindustrie, die Fachleute, die Gutachter und die Anwälte. Ist eine Rechtsfindung mitten in diesem Medienrummel überhaupt noch möglich? Die Sorge ist begründet, daß in diesem Strafverfahren das Recht selbst auf der Strecke bleibt. Doch was ist überhaupt Recht in den Vereinigten Staaten?

Irgendwann im Jahr 1992 fuhr die neunundsiebzigjährige *Stella Liebeck* mit ihrem Auto an einem Drive-in-Fenster von McDonald's in Albuquerque (New Mexico) vor und ließ